

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. lädlichen Behörden in Schneeberg, Elsnig, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag E. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Vertrieb: Aue 21, Elsnig (am Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 175, Drahtschiff, Volksfreund-Vertriebsstelle.

Angewiesene Nummern für die am Nachmittage erscheinende Nummer des Sonntags 9 Uhr in den Hauptausgaben. Diese Nummern für die Nummern der Ausgaben am vorgedruckten Tage locale an bestimmter Stelle nicht gegeben, auch nicht für die Nummern der durch Fernsprecher ausgetragenen Ausgaben. — Für Abzug, unentgeltlich eingehender Schriftsätze übernimmt die Expedition keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Verzögerung. — Bei Jahrgangsbeginn und Rückkurs gelten die Nummern als nicht erschienen. — Geschäftsstellen in Aue, Elsnig, Schneeberg und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Feiertagen und Festtagen. Der Preis für die 24 zum heile Quartal-Abonnement im 1. und 2. Quartal 1.50, zum 3. Quartal 2.00, für die 50 zum dritte Viertel-Abonnement 2.00, zum 4. Quartal 2.50, für die 90 zum halbe Jahres-Abonnement 5.00, zum 6. Quartal 6.00. Postfach-Nummer: 20000. Geschäfts-Adresse: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Nr. 26.

Donnerstag, den 31. Januar 1924.

77. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Aue. Kirchensteuer. Für das Rechnungsjahr 1923 wird von den Angehörigen der ev.-luth. Kirchensteuer erhoben. Dieselbe beträgt 3/4 Goldpfennige auf je eine Papiermark des 1923er Kirchensteuerbetrags und je 1/2 am 30. Januar 1924 zu zahlen. Zustellung der Zahlungsfrist ist gebührenpflichtige Rechnung und nötigenfalls zwangsweise Beitreibung zu gewährleisten. Der Rat der Stadt, Steueramt.

Geschäftsräume. Der Stadtrat beschließt, die Baustelle an der Poststraße gegenüber dem Finanzamt mit einem Geschäftshaus zu bebauen. Interessenten für einen oder mehrere Geschäftsräume wollen sich bis 10. Februar 1924 an den Stadtrat — Herrn Stadtbaurat Hoffe — wenden.

Sundsteuer. Auf Grund des Schöfflichen Befehles vom 21. Dezember 1923 wird für 1. Januar 1924 ein weiterer Termin für die

Neuer mit 7.50 Goldmark für einen Hund, 22.50 Goldmark für jeden weiteren Hund desbeselben Haushalts erhoben. Diese Steuer ist bis 15. Februar 1924 an unsere Stadthauptkasse zu bezahlen. Vom 16. Februar ab erheben wir eine Vergütungsgeldgebühr, außerdem ziehen wir die Schuldbeträge durch Zwangsbeitreibung ein. Aue, den 30. Januar 1924. Der Rat der Stadt.

Schneeberg. Kirchensteuer 1923. Für das Rechnungsjahr 1923 sind an ev.-luth. und röm.-kath. Kirchensteuer auf je eine Papiermark des Betrages der für 1922 festgesetzt worden ist, weitere 3/4 Goldpfennige zu zahlen. Besondere Steuerbescheide werden nicht erteilt. Die Beträge sind am 30. Januar d. J. fällig und unter Vorlegung der letzten Steuerbescheide bis zum 6. Februar d. J. an unsere Stadtkasse zu entrichten. Schneeberg, den 23. Jan. 1924. Der Stadtrat. — Steueramt. —

Schwarzenberg. Verwaltungsebene Stelle. Schöffenseid haben aus Ersparnisrückstellungen beschlossen, die Verwaltungsebene Stelle im Stadtteil Schwarzenberg mit Wirkung vom 1. Februar 1924 ab einzuziehen.

Die politischen An-, Um- und Abmeldungen sind von diesem Zeitpunkt ab nur noch in unserem Einwohnerbüreau — Stadthaus II, 1. Etage — zu bewirken. Die Steuern und Abgaben können unmittelbar in unserer Stadtkasse — Stadthaus I, Erdgeschoss — entrichtet werden; es ist aber der Einwohnerbüreau des Stadtteils Sachsenfeld nachzugehen, die Steuern an jedem Montag des Monats nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Besonderen der Schöffenseid zu zahlen, wo sich ein Beauftragter des Stadtrechtsamtes einfindet, zu entrichten. Wir bitten, hierbei den hinteren Eingang zu benutzen. Schwarzenberg, am 26. Januar 1924. Der Rat der Stadt.

Mietföge für Februar. Die mit Bekanntmachung vom 27. Dezember 1923 veröffentlichten Mietföge für Monat Januar gelten auch für den Monat Februar 1924. Es würde demnach bei Berechnung der Miete für Februar der Satz von 20.5 Prozent der Goldfriesenmiete anzunehmen sein. Schwarzenberg, am 28. Januar 1924. Der Rat der Stadt. — Schiedsstelle für Hausverhaltung. —

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Elsnig und Schwarzenberg eingesehen werden.

Nationale Würde.

Das deutsche Volk wird seit fünf Jahren mit Füßen getreten. Nach Ansicht gewisser deutscher Parteiführer und pazifistischer Führer, die in nationaler Selbstverleugung, mit Recht. Sie sehen die Fehler der Feinde nicht, sondern nur die des eigenen Volkes. Kein Wunder deshalb, wenn das Ausland die Lügen über Deutschland, wie sie von Roten und Weißen während des Krieges erfunden und verbreitet wurden, heute noch glaubt, kein Wunder deshalb, wenn es immer nur vereinzelte Stimmen gibt (wie die des Südafrikaners Smuts und des Engländers Keynes), die es wagen, Deutschland gerecht zu werden. Daß von den Tagen von Versailles her selbst deutsche Reichsminister oft genug die Wahrheit gegenüber dem Ausland nicht zu wahren verstanden, ist ein besonders trauriges Kapitel in der Geschichte unseres Vaterlandes. Das Volk muß es büßen, was die Führer und Parlamentarier verfehlen. Denn niemals ständen wir so jämmerlich vor der Welt da, wenn nicht Rücksicht auf feindlichen Größenwahn sich geltend hätte.

Schließt die verständliche Wut über die Würdelosigkeit einmal über die Grenzen hinaus, dann erhebt sich ein Beter- und Mordbroschüre. Wir hören es erst wieder bei Gelegenheit des Falles Hindenburg in Dresden. Am Vorabend des Reichsgründungstages wurde im Dresdener Schauspielhaus eine allegorische Darstellung der deutschen Ohnmacht aufgeführt, nicht um zu erheitern und zu begeistern, sondern um — der Name des Verfassers Tolles blüht schon dafür — Deutschlands Schwäche zu höhnen. Die Debatte, die sich darüber im Reichstag entzündete, zeigte wieder, daß auch Angehörige bürgerlicher Parteien kein Gefühl für nationale Würde haben.

Der deutsche Gesandte in Moskau, der an der Bahre Lenins einen Kranz niederlegte, und der deutsche Geschäftsträger in Paris, der das Verleiden zum Untergang der „Dignitäten“ aussprach, sind gleichfalls bebauerliche Beiträge aus neuester Zeit zu diesem Kapitel. Niemand wird den mit der „Dignitäten“ verschollenen Franzosen menschliches Verzeihen verweigern. Wenn die deutsche Regierung aber diesem Verleiden offizielle Form verleiht, so hat das mit nationaler Würde nichts zu tun. Man kann das nicht beweisen, das ist Gefühlsache. Auf eine Anfrage im Reichstag hat der Außenminister mitgeteilt, daß es sich um einen Akt einfacher diplomatischer Höflichkeit gehandelt habe, der eine Bedeutung erlangt habe, die ihm keineswegs zufomme. Ein Abweichen von der allgemein geübten internationalen Sitte hätte dem Eindruck einer Unfreundlichkeit erwecken können.

Diplomatische Höflichkeit darf nicht soweit gehen, daß die Gefühle der Mehrheit des eigenen Volkes verletzt werden, das müßte eigentlich eine Selbstverleugung sein. Daß ein Abweichen von einer internationalen Sitte vorliegt, glaubt man im Reichsaußenministerium doch selbst nicht. Die „Dignitäten“ ist uns durch den Verfasser fast gerettet worden, von dem die Regierung oft genug selbst zugestanden hat, daß er gegen Recht und Sitte verstöße. Und wenn wir schon einmal den Eindruck erweckt hätten, „unfreundlich“ zu sein, so hätten wir das ruhig auf uns nehmen können. Sind denn das, was uns Frankreich seit Jahren antut, Freundschaften? Verlangen wir nicht Hunderte von Volksgenossen, die durch die Schuld dieses Landes nach dem „Friedensschluß“ in den Tod gehen mußten, mußten denn nicht Hunderttausende Deutscher dem gallischen Uebermut ihr Lebensglück zum Opfer bringen?

Drastische „Höflichkeitsabzweigungen“ verstoßen gegen das innere Gefühl jedes Deutschen, der national fühlt und wir sehen uns durch sie in den Augen der Welt noch mehr herab. Der deutsche Reichsaußenminister hätte eigentlich darüber nicht im Zweifel sein sollen.

Dr. Schacht über die Goldnotenbank.
Paris, 29. Januar. Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris“ hatte eine Unterredung mit Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Auf die Frage, ob er mit den Verhandlungen, die er in Paris über die Gründung der neuen Goldnotenbank geführt habe, zufrieden sei und ob er an eine baldige Errichtung dieses neuen Finanzinstituts glaube, antwortete Dr. Schacht: „Die Goldnotenbank, deren Plan ich in Paris unterbreitet habe, ist eine rein kaufmännische Angelegenheit. Ich verlange nichts, als daß die Politik bei der Gründung nicht mißgriffe. Die Goldnotenbank und die finanzielle Sanierung Deutschlands sind Vorbedingungen für die Regelung der Reparationsfrage. Wenn man mich arbeiten läßt, wie ich wünsche, dann dürfte die neue Bank sehr bald gegründet sein. Wenn sich hingegen die Politik in einer wesentlichen kaufmännischen Frage einmischt, dann wird das neue Finanzinstitut vielleicht niemals das Licht der Welt erblicken. Jedenfalls weigere ich mich, die Verantwortung für das zu übernehmen, was niemand geschehen könnte.“

Auf die Frage, ob er die Teilnahme französischer Kapitalisten für die Gründung der Bank, an der das Ausland mit 50 Prozent teilnehmen soll, vorgezogen habe, antwortete Dr. Schacht: „Ich würde in der finanziellen Unternehmung durch Frankreich nur einen Vorteil sehen. Aber ich wiederhole, daß die Politik keine Rolle spielen darf. Es handelt sich lediglich um ein Geschäft.“

Rückblickend fragte der Berichterstatter Dr. Schacht auch über seine Unterredung mit Voltaire. Dr. Schacht meinte sich, über Voltaire persönlich irgendein Urteil zu äußern. Er sagte, daß der französische Ministerpräsident ihn mit größter Höflichkeit empfangen habe. Dr. Schacht hob dann nochmals hervor, daß er im Verlauf des Besuches am Quai d'Orsay sowie überhaupt während seines Aufenthaltes in Paris keine politische Frage gestellt habe. Zwar gehörte er dem Reichskabinett an, aber nur mit beratender Stimme. Schließlich äußerte sich Dr. Schacht nochmals über die verschiedenen Reparationspläne der letzten Monate, wobei der Berichterstatter hervorhob, daß Dr. Schacht von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Einigung zwischen Frankreich und Deutschland durchdrungen sei.

Min. 29. Januar. Die seit Anfang November vorigen Jahres mit der Errichtung einer rhenisch-westfälischen Notenbank beschäftigten Banken des besetzten Gebietes haben angesichts der bestimmten Erklärung des Reichsbankpräsidenten über die bevorstehende Errichtung einer deutschen Goldnotenbank den Reichsanwalt und die interalliierte Rheinlandkommission benachrichtigt, daß sie ihre Bemühungen einstellen.

Finanzminister gegen Rentenbank.
Berlin, 29. Januar. Von der Reichsregierung sind, wie im E. B. mitgeteilt, 45 Millionen Goldmark als fällige Besatzungskosten für den 1. Februar zur Auszahlung angewiesen worden. Die 45 Millionen sind aber nur als Abschlagszahlung zu betrachten, da die Forderungen für einen Monat doppelt so hoch sind. Wie das „Berl. Tagebl.“ erfahren haben will, soll Reichsfinanzminister Dr. Luther in der großen Aussprache des Reichskabinetts über die Rhein- und Ruhrfrage am Sonnabend seinen Standpunkt vollkommen gedrückt haben. Er ist sehr scharf gegen das Direktorium der Rentenbank aufgetreten, das auf seiner Ansicht beharrt, und er hat ganz energisch die Weiterzahlung der Kosten bestritten. Diese wurde dann auch, wie schon gemeldet, beschlossen, allerdings nicht einstimmig, aber mit großer Mehrheit.

Die Last der Besatzungskosten.
Berlin, 29. Januar. Der geschäftsführende Ausschuss der deutschen Volkspartei hat heute einstimmig eine Entschließung angenommen, in der hervorgehoben wird, trotz des Abwärtens des passiven Widerstandes lägen die Besatzungskosten auf Rhein und Ruhr und müßten täglich schwerer werden. Wenn allein die vom Reich gezahlten Kosten für die Besatzung vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1923 rund 350 Millionen Goldmark betragen hätten, so läge es auf der Hand, daß das Reich so wenig wie das besetzte Gebiet dauernd die Kosten ausbringen könnte. Solange die Besatzung derartige Kosten erfordert, sei eine betrieblidende Lösung der Reparationsfrage unmöglich. Die Zustände, die sich im besetzten Gebiet herausgebildet hätten, riefen eine Erbitterung in der Bevölkerung hervor, die in Jahrzehnten nicht weichen werde. Die Entschließung fordert die Erwartung aus, daß die Reichsregierung die Sachverständigenausschüsse auf diese Zustände aufmerksam machen und alles daran setzen werde, die deutsche Bevölkerung von diesen unproduktiven und erdrückenden Ausgaben zu befreien. Unter Anerkennung der Tatsache, daß es der Reichsregierung bisher mit äußerster Schamlosigkeit gelungen ist, einen großen Teil der Besatzungskosten aufzubringen, wird die Reichsregierung dringend aufgefordert, auch in Zukunft für das besetzte Gebiet alles in ihren Kräften liegende zu tun.

Berlin, 29. Januar. Im Ober-Ausschuss wurde die Entscheidung über die Frage der Besatzungskosten auf die nächste Woche vertagt. Die letzten Erklärungen broden dem Minister des Auswärtigen die

schwersten Vorwürfe und Angriffe wegen seiner Außenpolitik ein. Es gelang dem Freunde Stresemann, Woldenhauer, nur teilweise, diese Angriffe zu parieren.

Berlin, 29. Jan. Wie mitgeteilt wird, hat sich die Reichsregierung deshalb zur Weiterzahlung der Besatzungskosten verstanden, um die rheinischen Gemeinden vor harten Zugriffen der Besatzungsarmee zu schützen, die nach diesem Mittel greift, um die Bevölkerung zu schikanieren. Wie jetzt bekannt wird, haben die Ausweisungen in der letzten Zeit wieder erheblich zugenommen, und die französische Forderung von 15 Millionen Goldmark für Reparationsbauten bestätigt die Auffassung, daß die Franzosen sich im Ruhrgebiet häuslich einzurichten gedenken.

Die Emissionsbank der Sachverständigen.
Dem „Newport Herald“ zufolge ist der Plan für die neue Emissionsbank von dem ersten Sachverständigenausschuss fertiggestellt. Er unterscheidet sich in wichtigen Punkten von dem Plan Dr. Schachts. Die Sachverständigen hoffen aber, daß ihr Plan zur Stabilisierung der neuen Währung von der Reichsregierung angenommen wird und daß auch die Reparationskommission ihrem Vorschlag zustimmen werde. Der neue Emissionsbank soll ihre Grundlage in der Goldreserve der Reichsbank oder in auswärtigen Devisen finden, die Deutsche oder Ausländer zur Verfügung stellen. Die Reichsbank würde aufhören, die offizielle deutsche Emissionsbank zu sein. Die Sachverständigen lehnten ausdrücklich ab, irgendeinen Plan auszuarbeiten, der auf ein Fortbestehen der Reichsbank Rücksicht nehme.

Der 1. Sachverständigenausschuss in Berlin.
Berlin, 29. Jan. Heute abend trafen hier die Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses für Währungs-, Budget- und Finanzfragen und vom zweiten Ausschuss für die Kapitalmarkt der Direktor der Banque de Paris et des Pays Bas L. Lohin mit Begleitpersonal, im ganzen etwa vierzig Herren, ein. Die Herren wurden am Bahnhof von dem Mitglied der Reparationskommission, Regierungsrat Dr. Meyer, empfangen und in das Hotel Eplandee geleitet, wo sie Wohnung nahmen. Die Hauptmitglieder des ersten Ausschusses sind: General Charles Gates Dames, Leiter der Central Trust Company of Illinois Chicago, Owen D. Young, Rechtsanwalt und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Electric Company, Sir Robert Rindfleisch, Direktor der Bank of England, Sir John Charles Stamp, Direktor zahlreicher Industrieunternehmen, Parlamentarier, Administrator des Credit Foncier de France, Professor für Finanzwissenschaft an der Sorbonne, A. E. Dr. Alberto Pirelli, Industrieller, Prof. der Finanzwissenschaft an der Universität Bologna, Flora, Baron Morris Soutar, Mitglied der belgischen Kammer, Emile Fraenqui, Staatsminister und Gouverneur der Societe Generale Belgique. Die Mitglieder des zweiten Ausschusses treffen Mittwoch abend ein.

Berlin, 29. Januar. Zu dem heutigen Treffen der Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses in Berlin schreibt die „Aermnia“: Wir knüpfen an die Ergebnisse der Arbeit der Sachverständigen weder übertriebene Hoffnungen, noch halten wir sie für zwecklos, das letztere schon deshalb nicht, weil man zu der Objektivität der Männer, die morgen ihre Arbeiten in Berlin beginnen werden, das Vertrauen haben darf, daß sie rein sachlich an die Probleme herangehen werden. Die Ausschüsse für die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank hält das Blatt nicht für ungünstig und glaubt sogar, daß das Institut etwa Ende März seine Tätigkeit werde aufnehmen können. Die Pläne hinsichtlich der Schaffung einer rhenisch-westfälischen Goldnotenbank werden damit an Bedeutung; es sei anzunehmen, daß diese Absicht nicht weiter verfolgt werde.

Berlin, 29. Januar. Der Hauptausschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie tritt heute zu einer Sitzung zusammen, in der die Sachverständigenberatungen auf der Tagesordnung stehen. Dem „D. T.“ zufolge ist es möglich, daß die Kommissionen außer mit den amtlichen deutschen Stellen auch mit maßgebenden Vertretern der deutschen Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und den Banken Fühlung nehmen werden, um sich über die gegenwärtige Lage Deutschlands zu unterrichten. Es seien auch bereits bestimmte Vertreter der verschiedenen Wirtschaftskreise in Aussicht genommen, die bei den Besprechungen der einzelnen Organisationen und Stände gehört werden sollen.

Berlin, 29. Januar. Um 3 Uhr nachmittags hatten die Reichsminister eine Vorbesprechung, an die sich um 4 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts angeschlossen.

Paris, 29. Jan. Die Reparationskommission hat in ihrer heutigen Sitzung den französischen Vertreter Barthelemy einstimmig zum Vorsitzenden wieder gewählt.

London, 29. Jan. Mac Kenna wird auf seiner Reise nach Berlin von Sir William Plender, einem der angesehensten Bank- und Wirtschaftsexperten, begleitet. Er hofft, daß die Arbeit der Sachverständigenausschüsse in etwa einer Woche erledigt sein werden.

Berlin, 30. Januar. Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern in einer fünfständigen Sitzung mit der dritten Notenverordnung, insbesondere mit der Frage der Aufwertung der Hypotheken. Anschließend sind endgültige Beschlüsse auch gefasst noch nicht gefasst worden.

Berlin, 29. Januar. Der Kabinettsausschuss wird morgen den Parlamentarier des Reichstages auf den 19. Februar festsetzen. Da der Etat dann jedoch noch nicht vorgelegt werden kann, wird sich das Plenum voraussichtlich nach einigen Tagen wieder bis Mitte März vertagen.

Berlin, 29. Januar. Im Ober-Ausschuss wurde die Entscheidung über die Frage der Besatzungskosten auf die nächste Woche vertagt. Die letzten Erklärungen broden dem Minister des Auswärtigen die

Berlin, 29. Januar. Im Ober-Ausschuss wurde die Entscheidung über die Frage der Besatzungskosten auf die nächste Woche vertagt. Die letzten Erklärungen broden dem Minister des Auswärtigen die